

Kurztexte zur Vorstellung der an der Austauschveranstaltung am 28.10.2020 beteiligten Initiativen und Organisationen aus Indien, Südafrika und Berlin

1. Housing and Land Rights Network (HLRN), New Delhi, Indien

Wer wir sind

Das Housing and Land Rights Network India (Netzwerk für Wohnungs- und Landrechte - HLRN) ist eine gemeinnützige indische Organisation mit Sitz in Neu-Delhi. Sie setzt sich für die Verwirklichung des Rechts eines jeden Menschen ein, in Frieden, Sicherheit, Geborgenheit und Würde zu leben. Ihre Arbeit konzentriert sich auf die Integration des Menschenrechtsansatzes in Bezug auf Wohnung und Land mit Fragen der Gendergerechtigkeit, mit einem besonderen Schwerpunkt auf die Rechte der am stärksten marginalisierten Menschen.



Was wir tun

Das 1999 gegründete Housing and Land Rights Network arbeitet seit über zwanzig Jahren zu Themen wie Obdachlosigkeit, Zwangsräumungen, Vertreibungen, Umsiedlungen, Landrechte, Katastrophen und Klimawandel. Zu seinen Arbeitsansätzen gehören Forschungsarbeiten, Veröffentlichungen, die Menschenrechtserziehung, anwaltschaftliche Arbeit, die Standardsetzung im Bereich Menschenrechte, die Entwicklung menschenrechtsbasierter Monitoringinstrumente und die Bildung von Koalitionen zur Verwirklichung der Menschenrechte auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Die Organisation arbeitet eng mit lokalen Gemeinschaften und dem Menschenrechtssystem der Vereinten Nationen zusammen. Weitere Informationen finden sich unter: www.hlrn.org.in und @HLRN_India.

Shivani Chaudhry

ist Leiterin des Housing and Land Rights Network (HLRN), Neu-Delhi, in dem sie seit 2004 tätig ist. Sie arbeitet seit zwanzig Jahren auf dem Gebiet der Menschenrechte, mit einem besonderem Schwerpunkt auf den Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, insbesondere den Menschenrechten auf angemessenes Wohnen, Land, Lebensunterhalt und Umwelt. Sie hat mehrere Workshops zur Menschenrechtserziehung und -ausbildung auf nationaler und internationaler Ebene durchgeführt und hat auch zur Entwicklung internationaler Standards in Bezug auf Wohnungs- und Landrechte beigetragen. Dazu gehören u.a. die Leitprinzipien der Vereinten Nationen zur Sicherung von Besitzverhältnissen der armen Stadtbevölkerung und die UN-Erklärung über die Rechte von Bauern und Bäuerinnen sowie anderen Menschen, die in ländlichen Gebieten arbeiten.

Shivani ist mit mehreren nationalen und internationalen Netzwerken und sozialen Bewegungen verbunden. Sie war Mitglied der von der indischen Regierung eingesetzten Task Force für Landreformen (Ministerium für ländliche Entwicklung), und trug zum Entwurf der Nationalen Landreformpolitik 2013 und zum Entwurf des National Right to Homestead Bill 2013 bei.

Kontakt: shivani@hlrn.org.in

2. Abahlali baseMjondolo – Bewegung der in Hütten Lebenden, Südafrika



Abahlali baseMjondolo (AbM, Zulu, auf Deutsch: "die in den Hütten Lebenden") ist eine Bewegung von Bewohner(inne)n selbstorganisierter bzw. informeller Siedlungen in Südafrika, die sowohl gegen Zwangsräumungen und für das Bleiberecht der in diesen Siedlungen Wohnenden kämpft als auch für einen gerechten Zugang aller unter schlechten Wohnbedingungen Leidenden zu staatlich subventioniertem Wohnungsbau – sei dieser staatlich erstellt oder selbstorganisiert.

Die Bewegung ging aus einer Straßenblockade hervor, die Anfang 2005 von der Hüttensiedlung Kennedy Road in der Stadt Durban aus organisiert wurde und sich auf andere Städte Südafrikas (zunächst Pietermaritzburg und Kapstadt, inzwischen auch im Großraum von Johannesburg und anderen großen Städten des Landes) ausweitete. Sie ist die größte soziale Bewegung Südafrikas und setzt sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen der historisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen und für eine radikale Demokratisierung der Gesellschaft von unten ein. Im Jahr 2019 hatte sie über 70.000 zahlende Mitglieder.

Abahlali baseMjondolo führt Demonstrationen durch, engagiert sich in direkten Aktionen wie Landbesetzungen, der Herstellung selbstorganisierter Wasser- und Stromanschlüsse und AbM nutzt – soweit dies möglich ist – Gerichtsentscheide und Gerichtsverfahren zur Durchsetzung der in der Verfassung garantierten Rechte. AbM brachte zum Beispiel den KwaZulu-Natal Slums Act von 2007 vor das Verfassungsgericht und erreichte, dass einige seiner Artikel, die Zwangsräumungen sehr erleichtert hätten, als nicht verfassungskonform zurückgezogen werden mussten.

Die Bewegung protestierte auch gegen Auswirkungen der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft 2010, die zu Vertreibungen und Verdrängung innerstädtischer Bewohner(innen) führte. AbM legte zahlreiche Korruptionsfälle offen, bei denen öffentliche Gelder zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Siedlungen zweckentfremdet wurden, setzt sich stark gegen Fremden- und Ausländerfeindlichkeit ein, die von Teilen der Politik als Mittel zur Spaltung eingesetzt wird und kämpft gegen spekulative Geschäfte mit Land, die dann zur Vertreibung der dort Lebenden führen. Dadurch hat sich die Bewegung viele mächtige Feinde gemacht.

Zu den wichtigsten Slogans von Abahlali gehören "Sprich nicht über uns, sprich mit uns" und "Nichts für uns, ohne uns". AbM erhält Unterstützung von Kirchenführern aus verschiedenen Glaubensrichtungen und beteiligt sich an der Poor People's Alliance, einem Netzwerk radikaler Basisbewegungen in Südafrika. AbM hat auch Solidaritätsbeziehungen zu anderen Gruppen weltweit geknüpft – etwa dem MST in Brasilien oder den Zapatist*innen. Gleichzeitig sieht sich Abahlali einer anhaltenden und bisweilen gewalttätigen Repression ausgesetzt, zu der auch Morde gehören. 18 Führungspersonen von Abahlali wurden seit 2009 ermordet.

Im Jahr 2020 kam es trotz eines Moratoriums für Zwangsräumungen aufgrund der COVID-19-Pandemie dennoch zu Vertreibungen und Siedlungszerstörungen in Durban. Auf dagegen protestierende Menschen wurden mit scharfer Munition geschossen. Diese Vorfälle wurden von Abahlali gemeinsam mit dem Church Land Programme in einer Dokumentation festgehalten und international bekanntgemacht. Auch Mitglieder des Deutschen Bundestags wurden über diese Menschenrechtsverletzungen informiert.

www.abahlali.org

3. Reclaim the City – Die Stadt zurückfordern, Kapstadt

Wer wir sind

Reclaim the City ist eine Bewegung von Mietern und Arbeitern, die sich dafür einsetzt, unsere Vertreibung aus gut gelegenen Gebieten zu stoppen und den Zugang zu menschenwürdigem, erschwinglichem Wohnraum zu sichern. Wir glauben, dass es an der Zeit ist, den Kampf um Wohnraum ins Zentrum der Stadt zu tragen, ins Herz der Macht, zu den Menschen, die dort leben sollten, und zu dem Land, auf das es ankommt.



Reclaim the City Mitglieder wollen eine integrative, räumlich gerechte Stadt bauen. Wir setzen uns für die Umverteilung von leerem und ungenutztem öffentlichem Land an arme Menschen und Menschen der Arbeiterklasse ein. Wir unterstützen und solidarisieren unsere Mitglieder, die mit Grundbesitzern kämpfen und in die Obdachlosigkeit vertrieben werden. Wir glauben, dass sie in einer Wohnungskrise keine gerechte Räumung sein können, und wir werden Ratschläge geben, uns verteidigen und ungerechten Räumungen vor Gericht und auf der Straße widerstehen.

Unsere urbane Vision ist die Verwirklichung einer Stadt, in der:

- ein gerechter und gleichberechtigter Zugang zu gut gelegenen Grundstücken besteht;
- sichere, erschwingliche, zuverlässige und zugängliche öffentliche Verkehrssysteme, öffentliche Gesundheitsversorgung, Schulen, Erholungseinrichtungen und grundlegende Dienstleistungen vorhanden sind;
- Ressourcen und Zugang zu Dienstleistungen für alle Menschen unabhängig von Rasse, Klasse, Religion, Geschlecht und/oder sexueller Orientierung gewährleistet sind;
- die Arbeiterklasse, Arme und Arbeitslose ein anständiges und erschwingliches Zuhause haben, in dem sie leben können;
- es keine Umsiedlungslager gibt, in die Menschen zwangsverbracht werden;
- sich alle Menschen, insbesondere Frauen und Kinder, sicher und geborgen fühlen;
- alle Regierungsbereiche - insbesondere die Kommunalverwaltung - und alle Bereiche des privaten Kapitals (einschließlich der privaten Eigentümer und Bauträger, der Finanzinstitutionen und Unternehmen) effizient, transparent und fair in Bezug auf den Zugang zu Land und Wohnraum sowie die Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen handeln.

Um ihre Vision und ihre Ziele zu erreichen, verpflichtet sich Reclaim the City, unter anderem die folgenden Maßnahmen, Kampagnen und Strategien zu ergreifen:

- Widerstand gegen ungerechtfertigte Vertreibungen zu leisten;
- den Verkauf und die Verpachtung von öffentlichem Land, das für erschwinglichen Wohnraum genutzt werden könnte, zu stoppen;
- Protest in einer Vielzahl gewaltloser Formen durchführen, um unsere Ziele zu erreichen;
- Unterstützung einer Enteignung von Eigentum, im Einklang mit der Vision, den Zielen, Grundsätzen und Werten von Reclaim The City;
- Bereitstellung von auf Rechten basierender Bildung zu Land- und Wohnungsfragen; und
- Solidarisches Handeln gemeinsam mit Gemeinschaften, die sich in Land- und Wohnungskämpfen engagieren.

Ziele von Reclaim the City sind:

- Für einen gerechten und gleichen Zugang zu Land und Wohnraum für alle einzutreten;
- Das Erbe einer segregierten und ungleichen Apartheid-Stadt rückgängig zu machen;

- Für menschenwürdige und erschwingliche Wohnungen für Arme und Menschen aus der Arbeiterklasse zu kämpfen;
- Widerstand gegen ungerechtfertigte Vertreibungen und Beendigung der Obdachlosigkeit zu leisten;
- Die Menschen über Land- und Wohnrechte aufzuklären;
- Sich für eine Regierung einzusetzen, die in Fragen der Land-, Wohnungs- und Raumgerechtigkeit verantwortlich und rechenschaftspflichtig ist
- Sich für eine faire, gerechte und ausgewogene Land- und Wohnungspolitik und -gesetze einzusetzen;
- Widerstand gegen und Verhinderung von ungerechten Praktiken der Regierung und aller Quellen privater Eigentumsmacht, einschließlich Grundbesitzer, Grundbesitzer und Bauträger und Finanzinstitutionen zu leisten;
- Menschen zu vereinen und Solidarität mit anderen aufzubauen
- Bewegungen, die mit unseren Prinzipien, Zielen und Visionen übereinstimmen, zu unterstützen; und
- Die ungerechte Macht der Eigentümer zu stören.

<http://reclaimthecity.org.za/>

4. Khayelitsha Peace Building Team – Friedensarbeit in Khayelitsha, Kapstadt

Wer wir sind

Das Khayelitsha Peacebuilding Team (KPBT) wurde 2017 gegründet und hat seinen Sitz in Khayelitsha C, einem Vorort in den ausgegrenzten Stadtrandbereichen von Kapstadt. Es setzt sich für die Menschenrechte von Einheimischen und Ausländer(inne)n in der gesamten Provinz Westkap ein. Die Arbeit von KPBT setzt bei der Ermittlung der Ursachen kollektiver Gewalt an, um auf dieser Grundlage zur Eindämmung und Verhütung beizutragen und Möglichkeiten zum Engagement für lokale Gemeinschaften zu schaffen.



Was wir tun

KPBT führt Kampagnen, Workshops und Trainings durch, die auf einer detaillierten Forschung und Politikanalyse basieren und deren Ziel ein gewaltfreies, freies und sicheres Südafrika ist, in dem die Menschenrechte von allen Bürgern respektiert werden. Die KPBT unterstützt und stärkt gemeinschaftlich getragene Lösungen zur Lösung kollektiver Gewalt und zur Überwindung der meist politisch motivierten Anfeindung und Diskriminierung von Ausländern.

In den letzten 12 Monaten hat die Organisation die Rolle eines Beratungsbüros für alle gemeinschaftsbezogenen Fragen übernommen und war stark in die Kämpfe um den Zugang zu städtischem Land und Wohnraum für Gemeindemitglieder, die mehrheitlich arm und marginalisiert sind, involviert. Die Kämpfe um Wohnraum – speziell im Zusammenhang mit Covid-19, etwa die massiven Vertreibungen der in Hinterhäusern wohnenden Mieter*innen – haben zu einer sehr starken Dynamik bei der Besetzung von leer stehendem Land in Kapstadt und insbesondere in Khayelitsha geführt. Die KPBT unterstützt in Khayelitsha lebende Gemeinschaften unterschiedlicher Herkunft in ihrem Kampf um Zugang zu Land und um die Sicherung menschenwürdiger Wohnverhältnisse.



101 Lower Main Road, Observatory, 7925
Cape Town, South Africa

Telephone: +27(21) 448 7886
Email: dag@dag.org.za

www.dag.org.za

5. Development Action Group – DAG, Kapstadt

Wer wir sind

Die Development Action Group (DAG) ist eine 1986 gegründete nichtstaatliche, gemeinnützige Organisation. Sie ist eine der führenden Nichtregierungsorganisationen im Bereich der Stadtentwicklung in Südafrika und steht seit über 33 Jahren an vorderster Front bei der Unterstützung von Ansätzen zur Erstellung selbstorganisierten und selbstverwalteten Wohnraums sowie bei der Entwicklung politischer Konzepte im Kontext von Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik. Das strategische Ziel von DAG ist es, zu zeigen, wie eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit allen Gruppen, die eine Agenda zugunsten der historisch Ausgegrenzten und Benachteiligten teilen, zu kreativen und nachhaltigen Lösungen führen kann, um soziale, wirtschaftliche und sozialräumliche Ungleichheiten auszugleichen.

Was wir tun

DAG arbeitet stadtweit und systematisch mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren im Bereich der Stadtentwicklung und Stadtverwaltung zusammen, um Rechenschaftspflicht, Transparenz und gute Regierungsführung auf Seiten der staatlichen Institutionen in Kapstadt einzufordern und sicherzustellen. Ebenso setzt sich DAG dafür ein, dass die Leitungspersonen lokaler Gemeinschaften umfassend und wirksam an kommunalen Entscheidungsprozessen beteiligt werden.

Neben dieser stadtweiten Agenda im Metropolitanraum von Kapstadt hat DAG in den letzten Jahrzehnten auch Ansätze zur Erstellung gemeinschaftlichen, kooperativen und sozialen Wohnungsbaus für Haushalte mit niedrigem Einkommen entwickelt und umgesetzt. Mit technischer und prozessualer Beratung durch DAG wurden 7.323 neue Häuser gebaut, was mehr als 27.000 Menschen zu verbesserten Wohnverhältnissen verhalf. DAG leistete darüberhinaus in über 80 Projekten direkte Hilfe für mehr als 100.000 Haushalte bei der Sicherung von Land, Infrastruktur, Wohnraum und kommunaler Infrastruktur. In den letzten zehn Jahren hat DAG auch über 750 Führungskräfte aus lokalen Basisorganisationen in zentralen Themen der Organisation und der kommunalen Politik fortgebildet, mehrheitlich Frauen und Jugendliche.

www.dag.org.za

6. Church Land Programme (CLP), Kwa ZuluNatal, Südafrika

(mit Auszügen aus einem von Gerhard Kienast verfassten Text)

Geschichte

Das in Pietermaritzburg ansässige Church Land Programme (CLP) begann seine Reise 1996. Das ursprüngliche Ziel war es, Kirchenland landlosen Menschen ohne die üblichen Abgaben und Steuern und unter Verwendung von Zuschüssen für landwirtschaftliche Fördermaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Sie stellten Inventare der Ländereien aller großen christlichen Kirchen zusammen und fungierten als Vermittler zwischen Kirchen, Regierung und lokalen Gemeinschaften. Rückblickend betrachtet CLP-Direktor Graham Philpott die Ergebnisse sehr nüchtern: "Es war eine schöne Idee, aber die Praxis war ganz anders! In einem der wenigen Fälle, in dem eine Kirche bereit war, Land zu spenden, dauerte es 8 Jahre, bis der Transfer abgeschlossen war." CLP kam zu dem Schluss, dass solche Hilfestellungen allein nicht ausreichen würden, um arme Familien voranzubringen.

Desillusioniert von den mageren Ergebnissen der versuchten Übertragung von kircheneigenem Land an darauf lebende Gemeinschaften hatte CLP den Mut, seine Strategie radikal zu ändern, da sie auf falschen Annahmen beruhte. Statt sich auf kircheneigenes Land zu konzentrieren, begann CLP, sich mit Kämpfen um Land im Allgemeinen zu befassen. Dazu erklärt Graham Philpott: „Wir konzentrieren uns jetzt nicht mehr auf technische Fragen, sondern auf Gerechtigkeit. In unserer Arbeit geht es jetzt um Systeme der Transformation, nicht um Systeme der Verteilung.“

Gleichzeitig wurde den Organisatoren bewusst, dass es auch nicht sehr hilfreich war, lediglich "für die Interessen der Armen zu sprechen". Das CLP reflektierte seine eigene Praxis und die der Zivilgesellschaft im Allgemeinen. In einer 2007 erschienenen Broschüre mit dem Titel "Laufen lernen" argumentierte die Organisation, dass die entwicklungspolitische Ideologie und Praxis zur "Kooption der Mehrheit der Zivilgesellschaft in Herrschafts- und Ausbeutungssysteme" geführt habe. Dies zeige sich auch in der Art und Weise, wie viele zivilgesellschaftliche Organisationen mit den Menschen an der Basis interagieren, „so dass die NGOs zwar das Gegenteil behaupten, in Wirklichkeit aber ‚lehren‘ und den Menschen ihre Konzepte aufzwingen, anstatt die eigenen Fähigkeiten der Menschen zum Lernen, Analysieren und Handeln für eine echte Transformation zu unterstützen und anzunehmen.“ Als Alternative beschloss das CLP, Konzepte von Paulo Freire zu übernehmen, die als „Animation" oder „Training für die Transformation" bekannt geworden sind.

„In allen Stadien ihrer Befreiung müssen sich die Unterdrückten selbst als Menschen in der Berufung engagieren, vollständiger Mensch zu werden... Um dies zu erreichen... ist es notwendig, auf die Unterdrückten und ihre Fähigkeit zur Vernunft zu vertrauen. Wem dieses Vertrauen fehlt, der wird den Dialog, die Reflexion und die Kommunikation nicht zustande bringen oder aufgeben und in die Verwendung von Slogans, Kommuniqués, Monologen und Anweisungen verfallen. Niemand befreit sich zwar allein durch eigene Anstrengungen, aber er wird auch nicht durch andere befreit.“ (Paulo Freire, Pädagogik der Unterdrückten, S. 41-42)

„Echte Transformation kann nur geschehen, wenn die Leidenden für sich selbst sprechen. Indem sie einen regelmäßigen Reflexions- und Aktionszyklus einrichten, in dem eine Gruppe ständig ihre Erfolge feiert und die Ursachen von Fehlern und Misserfolgen kritisch analysiert, werden sie immer fähiger, ihr tägliches Leben wirksam zu verändern.“

CLP hat gelernt, dass es „von der ersten Intervention an überall wichtig ist, prinzipienfest, klar und konsequent zu sein“; „dass der Animateur nicht dort arbeiten wird, wo der Zugang zu den Menschen eines Ortes durch die Kontrolle einer undemokratischen Führung verweigert wird, und dass er offen, demokratisch und partizipatorisch arbeitet.“ Immer wieder erlebte das CLP, wie wichtig es ist, auf das zu hören, was die Menschen tatsächlich sagen, und sie zu ermutigen, ihre Geschichte zu erzählen. Dies erfordert „die Schaffung von Möglichkeiten ... und basiert auf der Annahme, dass diejenigen, die leiden, intelligent, kreativ und einfallsreich sind.“

Bei der Entwicklung von Aktionsplänen wurde die Regel aufgestellt, dass diese völlig unabhängig von externen Ressourcen sein mussten. Diese Übung erwies sich als sehr nützlich und produktiv. Als das Basisnetzwerk mit Menschenrechtsverletzungen in seinem Gebiet konfrontiert wurde, erfolgte die Mobilisierung und Aktion unabhängig von einer Kontaktperson der NGOs. Solche Erfahrungen haben CLP davon überzeugt, dass es möglich ist, "die kritische Stimme der Marginalisierten", die sich selbst für ihre Belange einsetzen, aufzubauen.

Was wir tun

In den letzten Jahren arbeitete CLP intensiv mit sozialen Bewegungen wie Abahlali baseMjondolo zusammen. Seit 2007 konnten sich – vermittelt durch CLP – Führungspersonen verschiedener sozialen Bewegungen am Zentrum für Erwachsenenbildung der Universität von KwaZulu Natal immatrikulieren und mit einem Zertifikat für partizipative Entwicklung abschließen. Parallel dazu berief das CLP monatliche Sitzungen ein, in denen die Aktivistinnen und Aktivisten über die Zusammenhänge zwischen ihrer täglichen Erfahrung als Militante, die mit realen Bedrohungen von Landlosigkeit und Repression konfrontiert sind, einerseits und der von akademischen Studenten, die sich mit schriftlichen Erfahrungen beschäftigen, andererseits nachdenken konnten.

Der Rahmen für diese Sitzungen wurde sehr einfach gehalten, so dass in keiner Weise die Tagesordnung oder die Diskussionsthemen vorgegeben waren. Die Diskussionen bildeten eine spannende Synthese, die von den führenden Vertretern der Gemeinschaft als "lebendiges Lernen" bezeichnet wurde. „Nach dem, was wir gesehen haben, gibt es viele an der Universität, die glauben, dass sie dazu da sind, ‚die Armen zu unterrichten‘, wenn sie ihr Studium beendet haben. Es ist klar, dass sie sich vorstellen, sie seien unsere Ausbilder. Sie gehen davon aus, dass wir leer und dumm genug sind, um dann das zu lernen, was sie entscheiden, und dass sie für diejenigen von uns denken, die arm sind und nicht denken können. Aber jetzt haben wir unser eigenes lebendiges Lernen - und so baut sich eine Auseinandersetzung darüber auf, wer wen unterrichtet.“

Zumindest hat das Church Land Programme kein Problem damit, von „Hüttenbewohner(inne)n“ unterrichtet zu werden. Der gemeinsame Weg hat viel gegenseitiges Vertrauen und Wertschätzung geschaffen, und CLP ist stolz auf Abahlalis Lob für seine „Bereitschaft zuzuhören, zu lernen, anstatt die Armen zu beherrschen und ihnen Vorschriften zu machen“.

CLP ist offen für eine aktive Solidarität mit Menschen in Kämpfen, die diese selbst definieren und zu ihren eigenen Bedingungen vorantreiben. Dabei hat CLP auch über die Frage der Solidarität sorgfältig nachgedacht. Gelebte Solidarität bedeutet, mit den Menschen in ihrem Leben und ihren Kämpfen zusammen zu sein. Sie ist sinnvoll und wirksam, wenn

- sie es zu den von den Aktivist(inn)en selbst festgelegten Bedingungen tut,
- wenn sie konkret und direkt mit dem tatsächlichen und spezifischen Kampf verbunden ist (nicht auf abstrakte Ideen in Petitionen reduziert, die jede/r leicht unterschreiben kann) und
- wenn sie „spaltend“ ist in dem Sinne, dass in einem echten Kampf Partei ergriffen wird.

<http://www.churchland.org.za/>



7. Bündnis Zwangsräumung verhindern, Berlin

Wer wir sind

Das Bündnis Zwangsräumung verhindern sind politische Aktivist*innen, Nachbar*innen, von Zwangsräumung Betroffene oder Ex-Betroffene, manchmal auch alles zusammen. Seit 2012 kämpfen wir gegen Zwangsräumungen und Verdrängung. Dabei wollen wir für die Betroffenen was rausholen, solidarischen Widerstand organisieren und die konkreten Geschichten aus einem antikapitalistischen Blickwinkel erzählen.

Wir sind eine aktionsorientierte Gruppe mit einem breiten Repertoire, wo viele mitmachen können. Wir schreiben Briefe an die Verantwortlichen, machen Öffentlichkeits- und Pressearbeit, gehen gemeinsam zu Miet-Prozessen, machen Kundgebungen, Demonstrationen und Mikrofonikas, Go-Ins und Blockaden, seit 2017 auch Kiezversammlungen. Wir sind mit vielen anderen Initiativen im bundesweiten Mietenwahnsinn-Bündnis vernetzt und sind Teil der europaweiten European Action Coalition for the Right to Housing and to the City.

In den 8 Jahren hatten wir über 100 Fälle von Zwangsräumung mit über 250 Betroffenen. Ca. ein Drittel konnten wir verhindern. Für einige konnte ein Aufschub erreicht, für andere eine Ersatzwohnung erzwungen werden, manche fanden selber eine, manche meldeten sich nicht mehr und einige wurden gewaltsam geräumt.

In einer individualisierten Gesellschaft, wo sich jeder selbst der nächste ist, sind solidarische direkte Aktionen eine wohltuende Erfahrung. Sowohl für die Betroffenen wie auch für die Leute, die solidarisch sind. Solidarität und direkte Aktionen sind unsere Waffen gegen die die Stadt der Reichen und gegen die rechten Spalter.

Corona – Bündnis Zwangsräumung verhindern

Der Ausnahmezustand der Pandemie schränkt unsere Handlungsmöglichkeiten ein. Sowohl bei Treffen als auch bei Aktionen. Die Einschränkungen bei Treffen sind nicht gravierend, da wir eine eingespielte Gruppe sind, die sich auch, zumindest eine Zeit lang, ohne Treffen oder mit weniger Leuten bei den Treffen organisieren kann. Des weiteren gibt es technische Möglichkeiten wie Online-Treffen.

Die Einschränkungen bei Aktionen sind gravierender, da Corona eine wirkliche Gefährdung ist und viele Menschen deshalb direkte Aktionen und Demonstrationen meiden. Großdemonstrationen sind während der Pandemie schwer möglich. Dazu kommt, dass Immobilienlobby, Politik und Presse Protestierende leicht als leichtsinnig diffamieren können. Auch behördliche Auflagen wie Abstandsgebot erschweren öffentliche Aktionen. Trotzdem machen wir auch während Corona Aktionen unter Berücksichtigung obiger Fakten.

Corona – Auswirkungen auf die Mieter*innen

Wir konnten bisher keinen Anstieg von Zwangsräumungen oder andere Auswirkungen für Mieter*innen feststellen. Bisher gelingt es den Herrschenden gut, die sozialen Auswirkungen abzumildern (Kurzarbeitergeld, Mietstundung, Aussetzen von Zwangsräumungen). Für Wohnungslose/Obdachlose ist die Situation schlimmer als vorher. Corona verstärkt die schon vorher vorhandene Wirtschaftskrise. Die Herrschenden werden versuchen die Krise auf die Lohnabhängigen und Erwerbslosen abzuwälzen, wahrscheinlich aber erst nach den Wahlen im Herbst 2021. Wie weit ihnen dabei eine Spaltung der Betroffenen, z.B. durch zeitliche Streckung unsozialer Maßnahmen, gelingt ist nicht absehbar. Aber zumindest die Pandemie dürfte dann aus Gesundheitsaspekten eine deutlich geringere Rolle spielen.



Gegenstrategie „Die Reichen sollen zahlen“

Die Mietenbewegung wird ihre Kämpfe fortführen, ebenso wie das Bündnis Zwangsäumung verhindern. Eine Gegenstrategie gegen breit angelegte unsoziale Maßnahmen der Regierung, wäre über die Mietenbewegung hinauszugehen und diese mit anderen Teilbereichskämpfen (Klima, Arbeit, Gesundheit, Bildung) zu verbinden. Die Demonstration „wer hat der gibt“ war ein zarter Anfang. Die Mietenbewegung wäre hierzu auf Grund ihrer Mobilisierungsfähigkeit, Größe, Erfahrung und Erfolge ein wichtiger Baustein.

Mietendeckel, DW&Co enteignen

Der Mietendeckel ist ein Erfolg der Mietenbewegung. Einen wichtigen Beitrag hierzu leistete das Enteignen-Volksbegehren. Ob eine andere Regierung als r2g einen Mietendeckel eingeführt hätte ist unwahrscheinlich. Wie weit er vor dem Landes- und Bundesverfassungsgericht Bestand hat muss sich erst noch zeigen.

DW&Co enteignen hatte einen großen Anteil am Mietendeckel und dem breiten, positiv besetzten, öffentlichen Diskurs über Enteignungen. Auch wenn es genau genommen nicht um entschädigungslose Enteignung sondern um Zwangsrückkauf geht. Die Chancen, dass der Volksentscheid genug Unterstützende findet, stehen gut. Ob allerdings die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ausreichen eine Enteignung/Zwangsrückkauf großer Immobilienunternehmen in der größten Volkswirtschaft Europas durchzusetzen ist zweifelhaft. Dann würde der Volksentscheid Illusionen über parlamentarische Demokratie, Rechtsstaat und Zivilgesellschaft nähren und deren Klassencharakter verschleiern.

Fazit

Durch die langjährigen Kämpfe der Mietenbewegung mit unterschiedlichsten Mitteln konnten Erfolge für Einzelne, z.B. die Verhinderung von Zwangsräumungen, wie auch Verbesserungen für viele Mieter*innen, wie der Mietendeckel, erreicht werden. Angesichts von Überbelegung und 40.000 Wohnungslosen in Berlin ist aber offensichtlich, dass es einen eklatanten Mangel an bezahlbarem Wohnraum gibt. Ein profitgetriebener Wohnungsmarkt wird das nicht ändern. Eine dauerhafte Verbesserung für Mieter*innen ist im Kapitalismus nicht zu erwarten. Hierzu braucht es grundsätzliche Veränderungen der bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse. Auf dem Weg dahin gilt: so viele Verbesserungen wie möglich erkämpfen.

www.berlin.zwangsräumungsverhindern.org

8. Der Mieterrat Neues Kreuzberger Zentrum (NKZ) – Kommunal und selbstverwaltet

Geschichte

Das Kottbusser Tor ist ein schillernder Ort mit einer langen Geschichte von Selbstorganisation und gelebter Vielfalt. Unser Haus, das Neue Kreuzberger Zentrum (NKZ), wurde 1974 als privat finanziertes Sozialer Wohnungsbau errichtet. Es hat 295 Wohneinheiten, 84 Gewerbeeinheiten, vor allem mit lang angesessenen, lokalen Gewerben, sowie einem Parkhaus. Mieter*innen aus über 30 Nationen verschiedener sexueller und religiöser Orientierungen leben und arbeiten hier zusammen. Die Mieter*innenschaft ist bunt und selbstbewusst. Trotz mehrfacher Marginalisierung zeichnet sie sich durch einen starken Zusammenhalt aus.

Der Mieterrat NKZ hat sich 2016 gegründet, um die drohende Übernahme durch einen stadtbekanntem Investor (Padovicz) zu verhindern. Der Mieterrat hat sich dabei von Anfang an für Selbstverwaltung und Kommunalisierung eingesetzt. An den Protesten gegen den beabsichtigten Verkauf beteiligte sich sehr aktiv ein großer Teil der Mieter*innenschaft. Mit Unterstützung unserer Nachbar*innen von Kotti & Co, anderer stadtpolitischer Initiativen und der Politik wurde das NKZ im April 2017 schließlich an das landeseigene Wohnungsunternehmen Gewobag verkauft.

<http://mieterratnkz.de>

Selbstorganisation

Der Mieterrat NKZ ist die demokratisch gewählte Interessenvertretung der Wohnungs- und Gewerbemietter*innen im Neuen Kreuzberger Zentrum. Er ist als selbstorganisierter Mieterrat von der Wohnungsbaugesellschaft anerkannt. Der Mieterrat wird alle drei Jahre von den Mieter*innen gewählt. Alle Mieter*innen können selbst kandidieren und wählen. Es werden sechs Vertreter*innen für die Wohnungen und zwei für die Gewerbe gewählt.

Der Mieterrat trifft sich alle zwei Wochen, um über wichtige Themen im NKZ zu beraten. Daneben findet ebenfalls zweiwöchentlich ein Treffen mit der neuen Mitarbeiterin der Gewobag vor Ort statt, um die Themen im Haus gemeinsam zu bearbeiten.

Der Mieterrat NKZ arbeitet basisdemokratisch – über Arbeitsgruppen, die allen Mieter*innen offenstehen. Die Mieter*innen können jederzeit eine eigene Arbeitsgruppe zu einem bestimmten Thema initiieren. Dies soll allen Mieter*innen einen möglichst niedrighschwelligem Zugang zur Beteiligung ermöglichen. <http://mieterratnkz.de>

Kooperationsvereinbarung

Da wir unsere Forderung nach Selbstverwaltung aufrechterhalten wollten – und vor allem auch um unsere Gewerbe vor Ort zu schützen, die, anders als die Wohnungsmietter*innen, mietrechtlich kaum abgesichert sind – haben wir als Mieterrat nach der Kommunalisierung Verhandlungen zu einer eigenen Kooperationsvereinbarung mit der Gewobag aufgenommen. Diese wurde in einem langen, anspruchsvollen partizipativen Prozess unter Moderation der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen ausgehandelt und im Oktober 2018 in Anwesenheit der Senatorin Katrin Lompscher in einer ersten Version unterzeichnet. In der Kooperationsvereinbarung wird die Zusammenarbeit zwischen Mieterrat und Wohnungsbaugesellschaft geregelt. In den Kooperationsfeldern **Instandhaltung & Investitionen, Sicherheit & Wohnumfeld, Nachbarschaften, Vermietungspolitik** sowie **Gewerbeentwicklung** werden zwischen Mieterrat und Gewobag Entscheidungen im Konsens angestrebt. Diese Kooperation auf Augenhöhe wird derzeit in der Praxis getestet. In einem nächsten Schritt soll die Kooperationsvereinbarung dann als Modell für eine erweiterte Mieter*innenmitbestimmung bei den Landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWUs) abgeschlossen werden.

Beispiele, wie die Kooperationsvereinbarung mit Leben gefüllt wird, und erste Erfolge der Kooperation:

- Der selbstorganisierte Nachbarschaftsraum NKZ: Der Raum wird von den Nachbar*innen selbst verwaltet und von der Gewobag kostenlos zur Verfügung gestellt.
- „Kuppel“-Vermietung: gemeinsame Ausschreibung einer 900 qm großen Gewerbefläche nach den Kriterien der Nachbarschaft.
- Spielplatz „von unten“: partizipative Planung des lange geschlossenen Spiel- und Begegnungsraums im NKZ mit der gesamten Nachbarschaft.
- Mitarbeiterin vor Ort & Hausmeister: Es gibt seit diesem Jahr wieder eine Mitarbeiterin sowie einen Hausmeister, die vor Ort, kompetent, ansprechbar und nur für das Objekt zuständig sind. Das war eine zentrale Forderung der Mieter*innen, die nicht von einer anonymen Hotline verwaltet werden möchten.

Re-Kommunalisierung Plus. Modellprojekt am Kottbusser Tor

Gemeinsam mit unseren Nachbar*innen vom südlichen Kottbusser Tor sind wir Teil des im Koalitionsvertrag des rot-rot-grünen Senats verankerten „Modellprojekt Kottbusser Tor“. Der Senat verpflichtet sich darin darauf, die Selbstverwaltung der Mieter*innen am Kottbusser Tor zu stärken und zu unterstützen. Dies geht zurück auf die jahrelange Vorarbeit des unter anderem von Kotti & Co initiierten Projekts Re-Kommunalisierung Plus. Grundlegendes Ziel ist dabei – neben der Re-Kommunalisierung der Bestände des Sozialen Wohnungsbaus – in dieser mehrfach marginalisierten Nachbarschaft den sozialen Zusammenhalt zu fördern, umfassende Beteiligung zu ermöglichen, die Zugänge dafür zu schaffen und die Mieter*innen zu empowern. Als Teil des „Modellprojekts Kottbusser Tor“ soll diese Arbeit nicht nur nachhaltige und tragfähige Strukturen vor Ort schaffen, sondern auch übertragbar sein auf andere Großsiedlungen und Mieter*innenvertretungen stadtweit. <https://kottbussertor.org>



Kommunal und selbstverwaltet wohnen – Mieter*innen für die Demokratisierung der Wohnraumversorgung

Um die Forderungen nach Selbstverwaltung zu stärken und den Prozess der Demokratisierung der Wohnraumversorgung, der durch den Mietenvolksentscheid 2016 angestoßen wurde, fortzuführen, hat sich der Mieterrat NKZ mit anderen Initiativen (u.a. Stadt von Unten, Kotti & Co), Vorkaufshäusern- und siedlungen sowie selbstorganisierten Häusern (Wrangel 66, Karl-Marx Allee, sog. Pachthäuser – ehemals besetzte Häuser in kommunalem Besitz uvm.) zu einem stadtweiten Bündnis zusammengetan.

Das Bündnis „kommunal und selbstverwaltet wohnen“ (kusWo), verhandelt mit den LWU derzeit über ein Stufenmodell der Mitbestimmung, bei dem die Mieter*innenvertretungen auf Haus- und Siedlungsebene selbst bestimmen können, welchen Grad und Umfang von Mitbestimmung bis hin zur Selbstverwaltung sie in den unterschiedlichen Bereichen des Wohnens wünschen. Es geht dabei um die Erweiterung von Basismieter*innenrechten in Richtung einer zeitgemäßen Mieter*innenmitbestimmung auf Augenhöhe. <https://kommunal-selbstverwaltet-wohnen.de>

9. Stadt von unten, Berlin

Wer wir sind

Stadt von unten ist eine auf Affinität basierende politische Gruppe, die sich aus städtischen Aktivist*innen und Nachbarn zusammensetzt, die sich für die Bezahlbarkeit von Wohnraum in einer Stadt mobilisieren, die in den letzten Jahren einen starken Anstieg der Mietpreise erlebt hat.



Stadt von unten bildete sich Anfang 2014 mit dem Ziel, ein Modellprojekt mit dem Namen "Selbstverwaltet & kommunal" (das Wort "kommunal" bedeutet auf Deutsch sowohl "gemeinschaftlich" als auch "städtisch", und beide Bedeutungen sind beabsichtigt) zu fördern. Mit diesem Modellprojekt sollen neue institutionelle Arrangements entwickelt werden, welche die demokratischen Strukturen der Selbstverwaltung mit der großen Reichweite des sozialen Wohnungsbaus verbinden - und damit die Grenzen beider Begriffe überwinden: Selbstverwaltung und sinnvolle Mitbestimmung für breitere Mietersegmente jenseits einer mittelklassig dominierten, sozialkapitalzentrierten, selbstverwalteten Wohnungsszene verfügbar zu machen und öffentliche Wohnungseinrichtungen (wieder) zu beanspruchen, die sich bis heute den Forderungen nach Demokratisierung widersetzen und in Zeiten des Neoliberalismus und der Gewinnmaximierung meist unbezahlbaren kommunalen Wohnraum bereitstellen. Wir wollen die besseren Teile beider Welten: bezahlbaren (öffentlichen) Wohnraum, aber auch Selbstverwaltung und Teilhabe der Mieter an Entscheidungen.

Das Modellprojekt basiert auf einer Reihe von 100% Forderungen:

- 100% Mietwohnungen, kein Privateigentum
- 100% reale Bezahlbarkeit (was wir als bezahlbar für Empfänger von Sozialhilfe definieren)
- 100% langfristig (in Deutschland ist der soziale Wohnungsbau und seine Bezahlbarkeit in der Regel nur für einen begrenzten Zeitraum geregelt)
- 100%ige Beteiligung (anders als bei Genossenschaften, keine Notwendigkeit, privates Kapital einzubringen).

Was wir machen

Unsere Arbeit konzentriert sich auf ein 4,7 ha großes Gebiet in Berlin-Kreuzberg, das als "Dragonerareal" bezeichnet wird. Der Name geht auf seinen militärischen Hintergrund als Kasernengelände aus dem 19. Jahrhundert zurück. Während auf dem Gelände seit Jahren und Jahrzehnten eine Reihe von Kleinbetrieben existiert, ist es eines der letzten innerstädtischen Areale in Berlin, das noch für den Wohnungsbau erschlossen werden muss.

Zu dem Zeitpunkt, als wir Anfang 2014 mit unserer Arbeit begannen, befand sich das Areal in öffentlichem Eigentum, Eigentum des Bundes. Bereits 2004 hatte sich die damalige SPD-geführte Regierung für eine Sparpolitik entschieden, bei der alle Grundstücke im Bundesbesitz an den Meistbietenden verkauft wurden. Im Sommer 2014 wurde der höchstbietende Wettbewerb für den Verkauf des Grundstücks ausgeschrieben. Um unser Modellprojekt überhaupt realisierbar zu machen, mussten wir die Privatisierung des Gebietes verhindern.

Zu diesem Zweck haben wir:

- eine Vielzahl politischer Taktiken verfolgt, von Advocacy-Arbeit auf verschiedenen politischen Ebenen bis zur vorübergehenden Hausbesetzung, von Demonstrationen bis zur Organisation mit den Nachbarn und den auf dem Grundstück ansässigen Kleinunternehmern (meist kleine Autowerkstätten)

- dadurch viel Medienaufmerksamkeit und öffentlichen Druck auf gewählte Amtsträger erzeugt
- wir haben an der Ausschreibung teilgenommen und einen (gigantischen) Euro und eine soziale Entwicklungsvision für das Gebiet geboten
- das Narrativ des von Sparmaßnahmen getriebenen Urbanismus delegitimiert, indem es eine Gegenerzählung des Bedarfs an wirklich erschwinglichem Wohnraum, insbesondere im innerstädtischen Bereich, anbietet
- den Meistbietenden und seine Organisationsstruktur als in der Schweiz börsennotierte Aktiengesellschaft offengelegt, sein früheres Engagement in spekulativen Investitionen in den USA und der Tschechischen Republik (ganz wie die Schweiz, ein Steuerparadies für Immobilieninvestitionen)
- dafür gesorgt, dass unser Protest so weit wie möglich ausgeweitet wurde, z.B. durch die Zusammenarbeit mit anderen Mieterprotestgruppen oder mit anderen Themen und durch die Verknüpfung der Herausforderungen, denen wir uns gegenübersehen, mit umfassenderen Forderungen, wie z.B. der Beendigung aller Privatisierungen von öffentlichem Land.

Ein wesentlicher Erfolg und zugleich eine notwendige Voraussetzung für unser Modellprojekt war das erstmalige "Nein" der Mehrheit der im Bundesrat versammelten Finanzminister, die den Ausverkauf von öffentlichem Eigentum im Fall des Dragonerareals im Jahr 2015 ablehnten. Dieses Votum widersprach der Entscheidung von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, das Gelände zu privatisieren. Es dauerte bis Ende 2016, bis Finanzministerium und Verwaltung dieses Votum schließlich akzeptierten und das Grundstück dem Land Berlin (Berlin ist eines der 16 Bundesländer Deutschlands, seine Bezirke sind Gemeinden) anboten. Das Dragonerareal wurde Ende 2018 an die Stadt Berlin übertragen.

Der erfolgreiche Kampf gegen die Privatisierung des Dragonerareal-Geländes hat den Grundstein für unser Modellprojekt gelegt. Die Stadt Berlin hat ein starkes Interesse an der Schaffung von Wohnraum, aber (noch) nicht in Übereinstimmung mit unseren Ansprüchen. Es liegt auf der Hand, dass wir nicht irgendeine Art von Neubau brauchen, sondern Wohnungen, die tatsächlich voll bezahlbar sind - 100% -, um die Gentrifizierung, die Verdrängung von Mietern und Kleingewerbe und die außer Kontrolle geratenen Mietpreise auch nur ansatzweise zu bremsen.

Um das Modellprojekt und unsere Forderungen weiter voranzutreiben, hat die Stadt von Unten unter anderem folgende Aktivitäten durchgeführt:

- die Arbeit an der Delegitimierung des Diskurses der "sozialen Durchmischung", der häufig benutzt wird, um Forderungen nach 100% bezahlbarem Wohnraum zu entkräften,
- die physische und symbolische Nutzung und Aneignung des Ortes für Versammlungen und Zusammenkünfte, Festivals, städtische Gartenarbeit...
- Beteiligung an einem Planungsprozess von unten und in Opposition zum offiziellen partizipatorischen Prozess
- Betrieb von "Plangarage" (eine Leihgabe der Hamburger Planbude) - ein Workshop-/Event-Ort in einer der Garagen auf dem Gelände, um Treffen und Veranstaltungen durchzuführen, mit der Nachbarschaft und Gruppen zu organisieren, die an einer Teilnahme am Modellprojekt interessiert sind
- die Organisation eines kollektiven Lernprozesses über den politischen Aufbau und die institutionelle Anordnung des Modellprojekts

Stadt von Unten ist Teil der breiteren Mieter- und Recht auf Stadt-Bewegung in Berlin und einer globalen Bewegung gegen neoliberalen und von Sparmaßnahmen getriebenen Urbanismus.

<https://stadtvonunten.de>

10. Mietergemeinschaft Kotti & Co., Berlin

Wer sind wir?

Wir sind die Mietergemeinschaft Kotti & Co. Wir haben uns 2011 am südlichen Kottbusser Tor gegründet, um gegen die steigenden Mieten im Sozialen Wohnungsbau zu protestieren. Seitdem kämpfen wir gegen hohe Mieten und Verdrängung – aber auch gegen Stress beim Jobcenter, Gentrifizierung, Rassismus und für ein lebenswertes Kottbusser Tor für alle. Die Geschichten der Migration, Solidarität und nachbarschaftliche Unterstützung sind der Kern unseres Selbstverständnisses.



Seit Mai 2012 steht unser Protest-Haus gegen hohe Mieten und gegen Verdrängung, das Gecekondü*, am Kottbusser Tor in Berlin-Kreuzberg. Mit dem Gecekondü haben wir 2012 den Platz vor unseren Häusern besetzt, um unseren Protest dauerhaft öffentlich sichtbar zu machen. Das Gecekondü steht dafür, dass eine Nachbarschaft wie diese sich gegen eine falsche Politik organisieren kann und dass wir mit Hartnäckigkeit Veränderungen durchsetzen können.

Wir kämpfen für das Recht auf Stadt für alle!

Ein Recht auf Stadt für Alle heißt für uns, dass die Mieten am Kottbusser Tor und in ganz Berlin soweit sinken, dass wir sie uns alle leisten können und dass niemand wegziehen muss. Wir wollen, dass der Wohnungsmarkt radikal sozial gestaltet wird. Wir wollen, dass niemand Angst haben muss die Wohnung zu verlieren und dass die Mieten nicht mehr unser sowieso schon kleines Einkommen auffressen. Es geht uns um eine soziale Wohnraumversorgung für die Gegenwart und für die Zukunft. Wir wollen, dass die Häuser, die vormals der GSW und heute der „Deutsche Wohnen“ gehören, wieder zurück an das Land Berlin gehen.

Was haben wir erreicht?

Unser Protest lohnt sich: Seitdem wir unseren Protest am südlichen Kotti begonnen haben, können die Kaltmieten nicht mehr jedes Jahr weiter erhöht werden. Das gilt insgesamt für etwa 35.000 Sozialwohnungen in ganz Berlin und seit 2016 sogar für alle 110.000 Berliner Sozialwohnungen. Wer mehr als etwa ein Drittel seines Einkommens für die Miete zahlen muss, kann inzwischen einen Mietzuschuss beantragen, den wir erkämpft haben. Darüber hinaus haben wir einige Zwangsräumungen im Kiez verhindert, und gemeinsam mit unseren Anwalt*innen vielen Nachbar*innen dabei geholfen, sich juristisch gegen die „Deutsche Wohnen“ und andere Vermieter*innen zu wehren. Da die „Deutsche Wohnen“ nicht nur bei uns am Kotti ein Problem darstellt, haben wir 2018 mit vielen anderen zusammen einen neuen Volksentscheid auf den Weg gebracht mit dem Ziel, die „Deutsche Wohnen“ zu enteignen. Und egal wie dieser Kampf um Enteignen ausgeht, den Druck auf die „Deutsche Wohnen“ und die Politik haben wir heute schon deutlich erhöht. Und ohne Druck – das wissen wir – passiert gar nichts.

Informationen, weiterführende links

Webseite: www.kottico.net

Facebook Seite: [facebook.com/kottiundco](https://www.facebook.com/kottiundco)

Unser Fotoalbum: www.flickr.com/photos/kottiundco/

Der Film zu Kotti & Co: <https://youtu.be/1Ee5sOgmjI0>

Infos zum Sozialen Wohnungsbau Berlin: www.nichts-laeuft-hier-richtig.de

Das Buch zu Kotti & Co: www.kottiundco.net/buch/

Englischsprachiger Film zu Kotti <https://youtu.be/sCVwhKbExcU>

Miloon Kothari (Indien)

Unabhängiger Experte für Menschenrechte und Sozialpolitik, Neu-Delhi

Herr Kothari ist eine führende Stimme auf nationalen, regionalen und internationalen Foren zu Menschenrechten, insbesondere zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten. Er ist ein unverblümter Kritiker der Länder und Institutionen, die neoliberale Politik und Militär-/ Sicherheitspolitik als geeignete Mittel zur Verwirklichung von Demokratie und Menschenrechten betrachten. Er ist Gründer und ehemaliger Exekutivdirektor (1999-2013) des Housing and Land Rights Network, Indien <http://hlrn.org.in/>.



Mandat als UN-Sonderberichterstatter für angemessenes Wohnen 2000-2008

Miloon Kothari war von 2000-2008 Sonderberichterstatter für angemessenes Wohnen bei der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen und dem Menschenrechtsrat. Als eine der Hauptaktivitäten seines Sonderberichterstatter-Mandats führte er Ländermissionen in Rumänien, Mexiko, den besetzten palästinensischen Gebieten, Peru, Afghanistan, Kenia, Brasilien, Iran, Kambodscha, Australien, Spanien, Südafrika und Kanada durch. Darüber hinaus führte er von 2002 bis 2006 eine globale Studie über Frauen und Wohnen sowie Frauen und Land durch. Während seiner Amtszeit als Sonderberichterstatter leitete Herr Kothari den Prozess, der zu den UN-Grundsätzen und -Richtlinien für entwicklungsbasierte Vertreibungen und Umsiedlungen führte - dem aktuellen globalen operativen Menschenrechtsstandard zum Thema Zwangsräumungen. <http://www.ohchr.org/en/Issues/Housing/Pages/ForcedEvictions.aspx>

Internationale Netzwerkarbeit

Herr Kothari ist Gründer und ehemaliger Koordinator des weltweiten Habitat International's Housing and Land Rights Network (HLRN) <http://www.hlrn.org/>. In den letzten Jahren war er besonders aktiv bei Themen wie den Rechten der Frauen auf Land, Erbschaft, Eigentum, Wohnen und Globalisierung, der Handelsliberalisierung und ihren Auswirkungen auf das Recht auf angemessenes Wohnen und andere damit verbundene Rechte, dem Potenzial der Lokalregierungen zur Umsetzung des Rechts auf angemessenes Wohnen und dem Universal Review Process (UPR) der UNO.

Als ausgebildeter Architekt verfügt Herr Kothari über umfangreiche Erfahrungen in allen Bereichen von wohnungsbezogenen Menschenrechtsfragen. Er veröffentlichte zahlreiche Publikationen und lehrte an führenden akademischen Institutionen auf der ganzen Welt. Im Jahr 2013 wurde er zum Dr. Martin Luther King Visiting Scholar am Massachusetts Institute of Technology ernannt und setzte seine Tätigkeit als Distinguished Visiting Scholar mit dem (MIT) Program on Human Rights and Justice (2014-15) fort. 2017 wurde Herr Kothari von der Simon Fraser University, Kanada, der Grad eines Doktors der Rechte (LL.D.), honoris causa, verliehen.